WP-01-K1-388

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 388 bis 394:
~~Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Eine breitere Streuung unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen Bereichen zu verringern. Der Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle Verhandlungserfolge.~~Eine breitere Streuung unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft, Abhängigkeiten in kritischen Bereichen zu verringern. Wir wollen dabei keine Handelsverträge, die neokoloniale Wirtschaftsbeziehungen und Umweltzerstörung befeuern. In Verantwortung für eine demokratische, nachhaltige und soziale wirtschaftliche Entwicklung stellen wir uns dem Mercosur-EU-Deal in seiner aktuellen Form entschieden entgegen. Hohe Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechten bewahren gleichzeitig die heimische Wirtschaft

Begründung

„Wir stehen vor einer direkten Konfrontation zwischen den großen transnationalen Konzernen und den Staaten. Die Konzerne mischen sich in die grundlegenden politischen, ökonomischen und militärischen Entscheidungen der Staaten ein. (…) Den solidarischen Geist der Menschen in den entwickelten Ländern muss es mit Widerwillen erfüllen, dass eine Gruppe von Unternehmen ungestraft in das Leben einer Nation eingreifen und es völlig zerstören kann.“ (Der chilenische Präsident Salvador Allende am 4. Dezember 1972 vor der UN-Vollversammlung – neun Monate vor seiner Ermordung durch den Putsch des chilenischen Militärs mit Hilfe der US-Regierung.)

„Der Handelsaustausch zwischen Entwicklungs- und Industrieländern darf nicht den reinen Marktmechanismen überlassen werden, sondern muß auf der Basis gerechter multilateraler Abkommen abgewickelt werden. Der Ausbau des Exportsektors in den Entwicklungsländern, insbesondere im Landwirtschaftsbereich, darf nicht verstärkt werden. (…) Entwicklungsländer dürfen nicht als Märkte betrachtet werden, die für den Absatz bundesdeutscher und internationaler Konzerne gesichert werden müssen (…). Die Macht der multinationalen Konzerne muß gebrochen werden.“ (Farbe bekennen: Bundestagswahlprogramm der Grünen 1987)

In Geschichte und Gegenwart: Der Freihandel ist keine linke Antwort auf den Protektionismus eines Donald Trump. Unter Bedingungen der globalen Ungleichheit und Konkurrenz sind Freihandel und Protektionismus lediglich zwei Varianten rechter Politik zur Durchsetzung der Interessen von Besitzenden weltweit operierender Großkonzerne gegen den Anspruch der Bevölkerungen auf ein Leben in Würde durch volle Ausschöpfung des entwickelten Niveaus von Kultur, Wissenschaft und Technik.

Freihandelsabkommen spitzen das Prinzip „der Stärkere setzt sich durch“ mittels der Vergrößerung von Märkten zu. Sie sollen die Bedingungen zur Ausbeutung (Lohndrückerei, billiger Rohstoffzugang, Monopolisierung) erleichtern, um zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung weltweit die Profite der Reichsten zu erhöhen. Die Ungleichheit spitzt sich durch Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern zu. Dies belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien auch am Exempel der Verhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen.[1]

Das durchschaubare Hauptmotiv hinter den aktuellen Versuchen, das EU-Mercosur-Abkommen auf undemokratische Weise durchzuzocken, ist die Verbesserung der Stellung der deutschen Automobilindustrie in der internationalen Konkurrenz gegenüber US-amerikanischen oder chinesischen Konkurrenten. Die Weltmarktposition von VW, Mercedes-Benz und BMW wird zum Selbstzweck erhoben. Doch das einzig positiv Hervorhebenswerte an deutschen Unternehmen sind die Zugeständnisse, die sie bisher durch gewerkschaftlichen Druck an die Beschäftigten machen mussten. Auch die namhaftesten deutschen Unternehmen dienen nicht dem Gemeinwohl, sondern dem Profit einiger Weniger – so schüttete VW 2024 Dividenden in Höhe von 4,5 Mrd. € an seine Aktionär:innen aus (zwischen 2021 und 2023 waren es etwa 22 Mrd. €) und zahlte seinem CEO ein Gehalt in Höhe von 10,3 Mio. €.

Anstatt VW einen erweiterten Zugriff auf noch billigere Ressourcen, Arbeitskräfte und Absatzmärkte zu verschaffen, haben wir in Deutschland die besten Möglichkeiten, eine Konversion der Autobranche und ihrer Zulieferer zu nachhaltiger Produktion von Zügen und Bussen unter humanen Arbeitsbedingungen durchzusetzen und damit eine wirkliche Alternative zu „America first“ oder „Germany second“ zu bilden. Beispielsweise durch höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, deren Überführung in Gemeineigentum nach Art. 15 GG, die Anwendung von Umweltschutzgesetzen, die Stärkung der Gewerkschaften statt Verzichtspredigten, die Anhebung der Löhne hierzulande mindestens gemäß den Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie und international friedlichen Handel statt Wirtschaftskriegen.

Im Einklang mit unserem Grundsatzprogramm und dem Beschluss „Was Freiheit schützt“ aus dem Jahr 2023 und im Bündnis mit zahlreichen internationalen Umweltorganisationen wie Greenpeace[2] sowie im Verbund der European Greens[3] setzen wir uns dafür ein, dass der von Ursula von der Leyen (CDU) aus der EU-Kommission autoritär vorangetriebene Mercosur-EU-Deal im EU-Rat gestoppt wird. Daran soll sich auch die deutsche Bundesregierung beteiligen.

[1] https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf, https://awblog.at/eu-mercosur-handelsabkommen-2/ & https://www.bu.edu/gdp/files/2021/06/GEGI_WP_052_FIN.pdf

[2] https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/eu-mercosur-abkommen & https://europeantradejustice.org/eu-mercosur-nov2024/

[3] https://www.greens-efa.eu/de/artikel/positionpaper/the-eu-mercosur-free-trade-agreement-still-unacceptable

weitere Antragsteller*innen

Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Angelika Aigner (KV Traunstein); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Robert Rieße (KV Vogelsberg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Christopher Stark (KV München); Claudia

Laux (KV Coburg-Land); Stephan Wiese (KV Lübeck); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Koi Katha Blaeser (KV Düren); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 47 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.